

Ramelow, Bodo, Petra Sitte, Halina Wawzyniak u. Christoph Nitz, (Hg.), *It's the Internet, stupid! Die Linken und die »Schienennetze« des 21. Jahrhunderts*, VSA, Hamburg 2011 (148 S., br., 14,80 €)

Der Nutzen von Büchern hängt auch von der Leseabsicht ab. Wer vorhat, netzpolitische Positionen der LINKEN kennenzulernen, mag zum vorliegenden Band greifen. Wer sich Aufschluss über die umstrittenen Fragen erhofft, die sich aus der gesellschaftlichen Bedeutung des Internet ergeben, ist schlecht bedient. Das liegt nicht daran, dass die vorgebrachten Positionen überwiegend verkehrt wären, sondern an ihrer schlechten Begründung und manch genährter illusionärer Erwartung.

Den Defiziten liegt eine Reflexionsschwäche zugrunde. Sie ist die Kehrseite des krampfhaften Bemühens, an der Spitze des Fortschritts marschieren zu wollen – eine alte linke Krankheit. Das fängt mit der Rede von der ›digitalen Gesellschaft‹ an, die der Sphäre kritischer Wissenschaft eher fremd ist. Ein Versuch, ihre Bedeutung zu klären, findet nicht statt. Dazu passt nicht nur die Akzeptanz der Unterscheidung zwischen ›digital natives‹ und ›digital immigrants‹ (42) als wissenschaftliche, sondern auch die der Legende, dass die mit der ersten Phrase gemeinte Generation die digitalen Medien effektiver einsetze als die Älteren. Dem Mangel an kritischer Fundierung lassen sich auch die illusionären Erwartungen zurechnen, die zustimmungsfähige Forderungen befrachten: Dass der Zugang zum Internet mit allem, was dazugehört, zum Grundbedarf gehören – also im Rahmen der Grundsicherung zu gewähren und nicht pfändbar sein – sollte, ist gut, doch zu glauben, dass die digitale Spaltung, sofern sie auch eine soziale ist, erschöpfend durch das Fehlen der entsprechenden Ausstattung beschrieben und durch die Bereitstellung derselben zu überwinden wäre, wie Halina Wawzyniak (27ff) und Petra Sitte (47ff) argumentieren, geht an der Realität vorbei. Selbst beim Vorhandensein der Ausstattung resultiert die Tiefe der digitalen Spaltung aus der Tiefe der bildungsmaßigen, in der sich die soziale spiegelt.

Hier setzt die nächste Illusion ein, die sich an den Begriffsfetisch ›Medienkompetenz‹ klammert. Zwar versucht der Beitrag von André Blechschmidt in sperrigem Bürokraten-Jargon mitzuteilen, dass damit etwas noch nicht stimme, doch schafft er es nicht zu sagen, was genau: »Die Umsetzung ihrer Vermittlung steckt [...] seit Jahren im Entwicklungsniveau fest« (35). Daran, dass es so etwas gäbe und dass es etwas Gutes wäre, besteht jedenfalls kein Zweifel: »Wie beschaffe ich mir die für mich wichtigen Informationen? Wie wähle ich [...] die wirklich relevanten aus? Wie kann ich Gedanken weitergeben? Und vor allem: Woher weiß ich, ob eine Meldung falsch oder richtig ist?« (35) Mit Medienkompetenz seien solche Fragen beantwortet und man ist sich auch sicher, dass ihre Vermittlung »eher Vermittlung von Methoden denn von Inhalten« (36) sei. Mit welcher Methode man relevante Nachrichten auswählt oder wahre von falschen Meldungen unterscheidet, möchte man gerne wissen, doch dazu erfährt man nichts – weil es diese Methoden so wenig gibt wie die Kompetenz, die sie ausmachen sollen.

Der fromme Selbstbetrug mit der ›Medienkompetenz‹ verdrängt, dass man, um alle diese Fähigkeiten zu erwerben, sich eine Menge Wissen, nicht irgendwie ›vermitteln‹ lassen, sondern durch eigene Bemühung und Erfahrung aneignen muss. Dabei kann auch das Internet eine Rolle spielen, doch dafür, dass es bei den grundlegenden Aufgaben des Schulunterrichts einen wesentlichen Beitrag leiste, gibt es keine Beweise. Nötiger als der »Schülerlaptop« (53), als durch »digitale Medien [...] jedes Schulfach [zu] bereichern« (53) und »Medienpädagogik dauerhaft in allen Bildungsbereichen zu verankern« (56) – wie von Sitte gefordert –, wäre eine Verbesserung der Situation an den Schulen: der pädagogischen Konzepte, der sachlichen und personellen Ausstattung, um allen Kindern den Erwerb der grundlegenden kulturellen Fähigkeiten zu ermöglichen.

Es geht darum, lesen und mehr zu lernen, indem man sich wichtige Texte aneignet, und nicht um die »Vermittlung von Lesekompetenz« (43), darum, sich in der Auseinandersetzung mit den Dingen und den anderen selbst als sinnliches Wesen zu erfahren und andere als solche zu respektieren. Dann erübrigten sich auch solche – nicht einer unfreiwilligen Komik entbehrenden – Ratschläge wie der: »Ein bestimmtes Grundwissen muss aber vermittelt werden, zum Beispiel, dass das, was im Fernsehen nicht weh tut, in der Realität sehr wohl weh tun kann« (41).

Andere richtige Forderungen leiden darunter, dass man glaubt, ihre Umsetzung spezifizieren zu können, ohne sich mit den Techniken und der Struktur des Internet beschäftigt zu haben: »Die Grundvoraussetzungen des Netzes bestehen in seiner verteilten, zentrumslosen Struktur und einer paketvermittelten, gleichberechtigten Steuerung [...]. Das Netz sollte weder einen lokalisierbaren Eigentümer noch eine zentrale Leitung besitzen« (94). Solche Aussagen sind ebenso falsch wie konfus. Das Netz hat durchaus »lokalisierbare Eigentümer« und zwar nicht einen, aber eine Reihe von zentralen Komponenten: Übertragungswege, Vermittlungs- und Steuerungszentren sowie gigantische Rechenzentren mit entsprechenden Serverfarmen. Aus der Forderung nach gleichberechtigtem Zugang zum Netz folgt zudem nicht, dass es »daher [...] keine Diskriminierung von Datenpaketen im Internet geben (darf)« (95). Diese Folgerung unterstellt eine antiquierte Routingarchitektur.

Auch der Einsicht, dass sich die Privatisierung der Telekom-Netze immer mehr als Sackgasse erweist, an deren Ende keine breitflächige, leistungsfähige und zukunftssichere Infrastruktur steht, ist ebenso zuzustimmen wie der Forderung, hier wieder öffentliches Eigentum in Betracht zu ziehen (69ff, 95). Doch wenn man das tut, muss man auch darüber nachdenken, wie Bau und Betrieb solcher Netze erfolgen sollen. Beides zeichnet sich durch hohe »economies of scale« aus. Netze sind natürliche Monopole, deren Bau und Betrieb Fachkompetenz erfordert. Angesichts dessen nur – wie Julia Bonk und Benjamin Winkler – auf die Kommunen oder die assoziierten Bürger zu verweisen (79), bedeutet, diese vor Aufgaben zu stellen, die sie ökonomisch und fachlich überfordern. Auch hier hätte, wie bei den anderen Schlüsselfragen, dem Buch etwas mehr Nachdenken gut getan.

Rainer Fischbach (Berlin)

Ökonomie

Deppe, Frank. *Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute. Eine Einführung*, Pappy Rossa, Köln 2012 (148 S., br., 11,90 €)

»Die Gewerkschaften sind [...] sehr weit von einer Position der Gegenmacht abgerückt«. Dieser Satz aus der Erklärung des gewerkschaftspolitischen Ratschlags, einem Zusammenschluss linker Gewerkschafter im DGB, vom 23. September 2012 könnte im Fazit des Buches stehen. Darin analysiert Verf. den Machtverlust der deutschen Gewerkschaften. Das Buch will – neben der Vermittlung von »Informationen über die Aufgaben und die Entwicklung der Gewerkschaften« (6) – die Politik der Gewerkschaften in der »großen Transformation« darstellen, um so einen Beitrag zur Revitalisierung und Neuausrichtung der Gewerkschaften zu leisten.

Der erste Teil behandelt die Funktionsweise und Aufgaben von Gewerkschaften sowie den Begriff der »großen Transformation«, die in Anlehnung an Eric Hobsbawm als struktureller Umbruch im letzten Viertel des 20. Jh.s verstanden wird. Dabei bedient sich Verf. des Machtressourcenansatzes um den Jenaer Soziologen Klaus Dörre. Demnach basiert gewerkschaftliche Macht auf strukturellen, organisatorischen und institutionellen Formen. Er sieht eine Verschiebung der gewerkschaftlichen Ressourcen nach der Aufkündigung